

Peter Ritter, Landesvorsitzender der Linkspartei.PDS M-V

**Rede auf der außerordentlichen Tagung
des 9. Landesparteitages am 23. September 2006**

Anrede,

Wir haben einen engagierten, gut organisierten und anstrengenden Wahlkampf hinter uns.

Wir hatten eine tolle Mannschaft und einen höchst motivierten Spitzenkandidaten.

Ich sage: Danke, Wolfgang Methling!

Und ich sage: Herzlichen Glückwunsch zum Direktmandat in Rostock!

Ich sage zugleich:

Herzlichen Dank an alle Kandidatinnen und Kandidaten, an ihre Wahlteams, an das Landeswahlbüro und an alle, die uns im Wahlkampf unterstützt haben.

Mein herzlicher Glückwunsch gilt den gewählten Abgeordneten unserer neuen Landtagsfraktion.

Ein herzliches Dankeschön gilt Karin, Alexa und Gerd für die geleistete Arbeit in der Fraktion von 2002 bis 2006.

Anrede,

Wir wollten gestärkt in den Landtag einziehen.

Sah es nach den ersten Prognosen am Wahlsonntag noch etwas anders aus, müssen wir heute feststellen: Wir haben unser Wahlziel nicht erreicht.

0,4% mehr und rund 21.000 Stimmen absolut weniger als 2002 sind Tatsachen, die zum Jubeln keinen Anlass bieten.

Jedoch:

Von den bisher im Landtag vertretenen Parteien konnten wir unser Ergebnis stabil halten.

SPD und CDU - die im Bund gemeinsam eine große Koalition bilden - haben bei den Wählerinnen und Wählern enorm an Zuspruch verloren.

146 862 Zweitstimmen verlor die SPD, 68 706 die CDU.

Gegenüber dem Wahljahr 2002 verlor die CDU in meinem Wahlkreis

3089 Erststimmen und 2431 Zweitstimmen.

Die SPD verlor 3988 Erst- und 4210 Zweitstimmen.

Die Linkspartei dagegen gewann 51 Erststimmen dazu, verlor jedoch 249 Zweitstimmen.

Zahlenspielerereien.

Denn am Ende reichte es wieder nur zu Platz drei.

Aber Zahlen, die deutlich machen, dass weder SPD noch CDU das Recht haben, sich als Gewinner dieser Wahl darzustellen.

Die Kanzlerin verliert im eigenen Land an Zuspruch - auch Grillpartys konnten daran nichts ändern!

Ich habe im Wahlkampf immer wieder gesagt:

- Wer Rente mit 67 will,
- wer die Mehrwertsteuererhöhung toll findet,
- wer Diskriminierung von Arbeitslosen will,
- wer deutsche Soldaten überall im Ausland will,

der muss CDU wählen!

Wer das nicht will, findet die Alternativen bei der Linkspartei!

Haben wir diese richtigen Sätze zu wenig oder zu leise gesagt?

Warum ist es uns nicht gelungen, unsere Alternativen noch deutlicher zu machen?

Das alles sind Fragen, die wir in unserer Wahlauswertung und Analyse beantworten müssen!

Wir müssen uns in den nächsten Tagen aber auch jenen Fragen stellen und beantworten, ob wir:

- den von uns eingeschlagenen Weg des öffentlich geförderter Beschäftigung weiter gehen wollen;
- für einen gesetzlich geregelten Mindestlohn streiten und um die Überwindung von Hartz IV kämpfen wollen;
- das längere gemeinsame Lernen bis zur Klasse 8 auf den Weg bringen und die frühkindliche Bildung und Erziehung an den Kitas ausbauen wollen;

- ob es auch künftig keine Studiengebühren in Mecklenburg-Vorpommern geben soll.

Wir, liebe Genossinnen und Genossen, entscheiden, ob und wie wir Einfluss nehmen wollen:

- auf die Entwicklung von neuen wirtschaftspolitischen Feldern – wie die nachhaltige Gestaltung der Energiewirtschaft oder die weitere Ausgestaltung der Konversion;
- auf die weitere Ausgestaltung einer flächendeckenden, bedarfsgerechten medizinischen Versorgung;
- auf die weitere Verbesserung der beruflichen und sozialen Integration von Migrantinnen und Migranten und
- auf die weitere Ausgestaltung der Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger.

Zugleich müssen wir darüber entscheiden, ob es auch künftig eine Landespolitik gibt,

- die weiter gegen die Inbetriebnahme des Luft-Boden-Schießplatzes in der Kyritz-Ruppiner Heide klagt;
- die deutlich und hörbar NEIN sagt zu weiteren Kürzungen beim Arbeitslosengeld II;
- die eine Gesundheitsreform ablehnt, die zu Entsolidarisierung und Ungerechtigkeiten führt,

es also

- eine Landesregierung gibt, die falsche - für das Land Mecklenburg-Vorpommern schädliche politische Entscheidungen des Bundes - auch als solche benennt,

oder

- ob es eine Koalition hier im Land gibt, die alles, was von der Großen Koalition im Bund beschlossen wird, widerstandslos hinnimmt.

Also, liebe Genossinnen und Genossen, ganz klar:

wir stehen wieder vor der Entscheidung, welche Rolle wir in der Landespolitik einnehmen wollen.

Und da bleibe ich ganz bei unserer Überschrift zu unserem Wahlprogramm: "Gemeinsam für mehr Gerechtigkeit"!

Solche Überlegungen sind kein "Kleinreden" von Oppositionspolitik.

Genauso wenig ist Regieren für uns ein Selbstzweck.

Vielmehr geht es darum, auszuloten, welche alternativen Politikansätze im Interesse der weiteren nachhaltigen Entwicklung unseres Landes notwendig und umsetzbar sind.

Dies zunächst auszuloten, ist Angelegenheit der Sondierungsgespräche.

Der Landesvorstand schlägt euch daher einstimmig vor:

- die Einladung der SPD für die Sondierungsgespräche anzunehmen;
- die euch vorliegenden inhaltlichen Ziele und Bedingungen zu bestätigen und
- Angelika, Wolfgang und mich zu beauftragen,

die Sondierungsgespräche zu führen.

Ich bitte euch, diesen Vorschlägen zuzustimmen und euch aktiv am weiteren Diskussionsprozess zu beteiligen.

Anrede,

Diese Bitte, sich aktiv an den Diskussionen zu beteiligen, gilt nicht nur für die vor uns stehenden Aufgaben.

Sie gilt auch, für die Analyse des Wahlkampfes.

Ich habe zu Beginn meiner Rede bereits auf einige Fragestellungen hingewiesen.

Zu hinterfragen wäre auch, warum unsere Zweitstimmenkampagne nicht aufgegangen ist.

Fast überall haben unsere Direktkandidaten höhere Ergebnisse als die Partei.

Das spricht natürlich für unsere Kandidaten.

Es stellt sich aber auch die Frage, wie die Linkspartei zwischen den Wahlkämpfen vor Ort wahrgenommen wird.

Sind wir genügend präsent?

Besetzen wir die richtigen Themen?

Sind unsere Kommunalpolitiker kompetente Ansprechpartner?

Wie ist unsere Verankerung in Vereinen und Verbänden?

Mit Blick auf Reserven im Jugendwahlkampf und auch mit Blick auf den Altersdurchschnitt unserer neuen Landtagsfraktion wurde im Landesvorstand erneut die Frage aufgeworfen, wie wir junge Leute besser und eher motivieren können, bei uns mitzumachen.

Ein Problem übrigens, das auch schon 2002 angesprochen wurde.

Damals habe ich dazu aufgefordert, bei den Kommunalwahlen 2004 jüngeren Mitgliedern und Sympathisanten der PDS eine Chance zu geben, sich über kommunalpolitisches Engagement vor Ort Namen und Gesicht zu erarbeiten, um sie bei nachfolgenden Wahlen - wie zum Beispiel den Landtagswahlen 2006 - erfolgreich präsentieren zu können. Schaut euch an, wie es in euren Kreisen aussieht.

Und vor allem: Klagen wir nicht länger.

Machen wir uns eine Initiative von Helmut Holter zu Eigen, die da heißt: Einfach anfangen!

Sonst stehen wir im Mammutwahljahr 2009 vor noch größeren, und vielleicht dann unlösbaren Problemen.

Unsere Wahlanalyse muss daher

- die politische Ausgangslage,
- die Erwartungen an die Linkspartei,
- Stimmenzuwächse und -verluste sowie
- Wählerwanderungen

beschreiben.

Akzeptanz der Wahlaussagen und die Wirkung der geführten Kampagnen sollten dabei ebenfalls eine Rolle spielen.

Vom Landeswahlbüro werden die Kreise dazu entsprechende Aufgabenstellungen erhalten.

Anrede,

Haben wir im Vergleich zu 2002 absolut rund 20.000 Stimmen verloren, so betragen die Verluste gegenüber der Bundestagswahl 2005 fast 100.000 Stimmen absolut.

Obwohl sich beide Wahlen meiner Auffassung nach nicht vergleichen lassen, ist auch hier Ursachenforschungen notwendig.

Der Bundestagswahlkampf 2005 war getragen von der Idee einer neuen Linken in Deutschland.

Neugier, Interesse, Hoffnung, Bereitschaft zum Mitmachen war vielerorts zu spüren.

Für mich noch immer unverständlich, dass quasi noch am Wahlabend 2005 Teile der WASG hier im Land erklärten, eigene Wege zu gehen.

Die nunmehr bei den Landtagswahlen 2006 erreichten 0,5% für die Wahlalternative haben sicher nicht zur Einschränkung unseres Wahlergebnisses beigetragen.

Das Bild der Uneinigkeit der neuen Linken hat aber mit Sicherheit dazu beigetragen, das Interesse neuer Wählerinnen und Wähler für beide, für Linkspartei und für WASG, nicht ausufern zu lassen.

Dennoch haben wir, parallel zu den Wahlkämpfen, Strukturen zur Umsetzung des Parteibildungsprozesses geschaffen.

Wir haben Arbeitsgruppen zur Programmatik, zur Satzung und Statutenfragen, zur vermögens- und arbeitsrechtlichen Fragen gebildet.

Wir haben Freundinnen und Freunde der WASG zur Mitarbeit eingeladen. Das gilt auch heute.

Bis Sommer des nächsten Jahres steht vor uns die Aufgabe, die neue Linke auch in unserem Land Wirklichkeit werden zu lassen.

Last uns dazu all unsere Erfahrungen nutzen, und zwar positiv.

Wir sollten dabei aber nicht gegenüber anderen Landesverbänden den Schulmeister spielen - egal welcher Strömung wir uns gerade angehörig fühlen.

Wer andere oder sich selbst in Schubladen steckt, behindert das Miteinander. Reden wir nicht nur, handeln wir vor allem. Und zwar gemeinsam.

Anrede,

Gestattet mir an dieser Stelle einige Bemerkungen zu einem gestern veröffentlichten Gründungsaufruf.

Zunächst möchte ich feststellen, dass es laut Satzung und Statut legitim ist, sich entsprechend seiner politischen Orientierung oder besonderer Interessen in LAG zusammen zu finden.

Mehrere Dinge aber haben mich stutzig gemacht und ärgern mich (vorsichtig ausgedrückt). Die Gründung der LAG fand am 15.09.2006 statt – zwei Tage vor der Landtagswahl.

Zu einer Zeit, in der viele Mitglieder des Landesverbandes noch einen engagierten Wahlkampf für ein besseres Wahlergebnis für die Linkspartei führten, weil zu diesem Zeitpunkt noch 34% der Wähler unentschieden waren, stand für die Gründer der LAG das Ergebnis offenbar schon fest.

Oder wurde es gewünscht?

Wäre im Falle eines höheren Wahlergebnisses der Aufruf auch veröffentlicht worden? Wenn ja, mit welcher Begründung? Der Wahlverlust hätte es dann ja nicht sein können.

Die Gründer und Mitglieder der LAG sehen sich als die linken Linken.
Was bitte schön bin ich in Euren Augen?

Ein Rechter, ein Angepasster, einer der das Programm der Linkspartei missachtet, einer, dem die Interessen der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes egal sind – weil er nur an seinem Stuhl klebt?

Die Wählerinnen und Wähler meines Wahlkreises haben mir die Antwort gegeben: mit 23%, 5% mehr als 2002 und deutlich über dem Landesdurchschnitt haben sie mir ihr Vertrauen gegeben.

Also: Wie seht ihr mich, habe ich auch euer Vertrauen oder wollt ihr endlich aus der Deckung treten und selbst Verantwortung übernehmen?

Und warum formuliert ihr Hürden für eine mögliche neue Regierungsbeteiligung, obwohl ihr wisst, dass diese landespolitisch gar nicht zu nehmen sind?

Hartz IV ersatzlos abschaffen! Ja glaubt ihr denn ich will das nicht!

Wie dass aber hier und heute in einer Landesregierung geschehen soll – dazu schweigt ihr!

Als Interessenvertretung der von Hartz IV-Betroffenen kann ich das nicht ansehen.

Diskussionen über das Werden und die Rolle der neuen Linken habe ich mir anders vorgestellt – diesen Weg bin ich nicht bereit mitzugehen.

Wenn wir uns nunmehr auf den Weg zur Bildung der neuen linken Partei machen, stehen nicht nur interessante programmatische Debatten vor uns.

Parallel zum Parteibildungsprozess im nächsten Jahr ist es unsere Aufgabe, die neuen Strukturen der Kreisverbände auf den Weg zu bringen. Das halte ich für genauso notwendig.

Nur so werden wir in der Lage sein, die Kommunalwahlen 2009 langfristig personell und inhaltlich vorzubereiten.

Die Vorschläge unserer Struktur-AG liegen auf dem Tisch.

Zögern wir nicht länger.

Auch hier geht es um die Zukunftsfähigkeit unserer Partei.

Anrede,

Seit dem 17. September hat sich die politische Landschaft in Mecklenburg-Vorpommern deutlich verändert.

Mit 6 Abgeordneten ist die rechtsextreme NPD in den Schweriner Landtag eingezogen.

Das, liebe Genossinnen und Genossen, ist mehr als ein Imageschaden. Das ist ein Schaden für die Demokratie in unserem Land.

Überall, in Schwerin und sicher überall im Land, stand in den Gesichtern viel Entsetzen und

Ratlosigkeit geschrieben.

Aber wirklich überraschen durfte dieses Ergebnis doch niemanden.

Wir haben im Landtag und außerhalb des Parlaments immer wieder auf das Erstarken des Rechtsextremismus in unserem Land aufmerksam gemacht.

Wir wollten weg vom immer wieder kampagnenhaften Aufflackern des Aufstandes der Anständigen - hin zu dauerhaften und gesamtgesellschaftlichen Strategien.

Wir sind oft genug gescheitert.

Ich verwehre mich daher auch entschieden gegen alle Vorwürfe, die die Regierungsbeteiligung der Linkspartei - und deren damit angeblich verbundenen Ausfall als Protestpartei - für den Einzug der NPD in den Landtag verantwortlich machen wollen.

Ich stelle mir aber auch die Frage, wo unsere Verantwortlichkeiten, unsere Versäumnisse liegen.

Warum gibt es auch in der Linkspartei z.B. Kommunalpolitiker, die aus Angst vor angeblichen Imageschäden über rechtsextreme Strukturen in ihren Kommunen lieber nicht reden?

Warum ist es nicht gelungen, nach den erschreckenden Ergebnissen für die NPD bei der U-18-Wahl an Schulen eine offensive Auseinandersetzung zu entfachen?

Warum lässt sich die Forderung nach "Offenen Grenzen für Menschen in Not" locker in jedes Wahlprogramm aufnehmen und warum wird gleichzeitig in nicht wenigen Basisorganisationen über das "viele Geld" debattiert, dass angeblich den "Asylanten hinten reingesteckt" wird.

Warum führt auch unsere Landesarbeitsgemeinschaft "Migrationspolitik/Antifaschismus" ein eher bescheidenes Dasein?

Fragen über Fragen.

Wir haben versucht, Antworten zu geben.

Auf unsere Initiative hin verabschiedete der Landtag im April das Landesprogramm "Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!"

Nein, dieses Programm konnte den Einzug der NPD in den Landtag noch nicht verhindern.

Es kann und muss aber Grundlage für das Ringen um mehr Demokratie und Toleranz, gegen Rechtsextremismus und Gewalt sein.

Und wenn in diesem Programm mit Beschluss aller drei damals im Landtag vertretenen Parteien festgestellt wird, dass "...Massenarbeitslosigkeit, demografische Entwicklung und Auflösung sozialer Bezüge ...das Leben vieler Menschen und damit auch ihr Verständnis von Demokratie..." prägen und dass sie das "...grundsätzlich für populistische Parolen erreichbar" macht, kann man doch nicht ernsthaft weiter versuchen, mit Sozialabbauprogrammen wie Hartz IV die Lebenssituation vieler Menschen in unserem Land weiter zu verschlimmern!

Hier geht es um Glaubwürdigkeit der Politik!

Zur Lösung dieser Probleme hat die NPD harte Oppositionsarbeit ihrer Art angekündigt.

Wie ernst sie diese harte Oppositionsarbeit selbst nehmen kann, kann man bei Christian Worch nachlesen. Er schreibt:

"Dabei ist die Aufgabe der Fraktion in Schwerin noch nicht einmal, besonders produktiv zu sein - es wird reichen, wenn sie sich keine groben Schnitzer erlaubt."

Das spricht für das Selbstverständnis dieser Partei, ist aber kein Grund zur Beruhigung.

Denn der neue Frontmann der NPD im Landtag, Udo Pastörs, macht da schon deutlicher, was er unter "harter Oppositionspolitik" versteht:

"Frauen, Behinderte und Asylbewerber zu unterstützen, ist Heuchelei".

Ich nenne das menschenverachtend.

Anrede,

noch immer, auch nach dem Wahlsonntag, hört oder liest man, dass der Rechtsextremismus ein Phänomen sei, dass sich die Situation mit den nächsten Wahlen von selbst klären würde.

Eine klare Fehleinschätzung!

Nichts klärt sich von allein.

Rechtsextremismus ist auch in Mecklenburg-Vorpommern kein Phänomen.

Er entstand in der Mitte der Gesellschaft und kann dauerhaft nur aus ihrer Mitte heraus bewältigt werden.

Deshalb unterstütze ich den Vorschlag, den Peter Brill noch am Wahlsonntagabend für eine Volksinitiative, für eine antifaschistische Klausel in der Landesverfassung, unterbreitet hat.

Er wird dazu das Wort nehmen und einen Vorschlag unterbreiten.

Unterstützt wird diese Initiative von Prof. Klinkmann, vom stellv. DGB-Landesvorsitzenden Ingo Schlüter, unserem Spitzenkandidaten Wolfgang Methling, der Landesvorsitzenden der

VVN-BdA, Getrud Howe.....

Diese Volksinitiative darf kein Papiertiger sein.

Nutzen wir sie, um die notwendige gesellschaftliche Diskussion über Demokratie und Toleranz, gegen Rechtsextremismus und Gewalt offensiv zu führen.

Machen wir deutlich:

Mecklenburg-Vorpommern braucht keine Rechtsextremisten und Neonazis!

Nicht auf der Straße!

Nicht in den Köpfen!

Nicht in den Parlamenten!